

# Protokoll vom 3.12.15 in der Arche

Bürgerinitiative Sanierung Schulstraße – Sandweg

Tagesordnung:

- 1.) Begrüßung
- 2.) Informationen für „Neuankömmlinge“
- 3.) Straßenausbaubeiträge
- 4.) Baumschutzinfo
- 5.) Neues zum Positionspapier der BI/ des BV
  1. Verschiedenes
    - Sanierungsmittel
    - VWG
    - Ausblick u. Hinweis auf den neuen Termin am 03.03.2016

## **zu Top 1)**

### **Begrüßung:**

- Gaby Schneider begrüßt die Gäste und dankt Herrn Rauer für die Räumlichkeiten.
- Vorstellungsrunde des Podiums:

Gaby Schneider (moderiert), Jürgen Sanders, Harald Grabo, Günther Holst, Herr Lauterbach (Vorsitzender Bürgerverein), Herr Prange (SPD Landtagsabgeordneter+ 2. Vorsitzender Bürgerverein), Herr Lampel (FDP Oldenburg), Herr Baak (CDU Oldenburg), Herr Atzler (VWG Oldenburg)

## **zu Top 2)**

### **Informationen für „Neuankömmlinge“**

Mitbürger, die zum ersten Mal an dem Treffen der BI teilnehmen, werden gebeten, sich über die Entwicklung und die Ergebnisse der BI auf der Homepage [www.sandweg-sanierung.de](http://www.sandweg-sanierung.de) zu informieren, um den Ablauf der Versammlung und die aktuellen Diskussion nicht durch Wiederholungen zu verzögern.

## **Zu Top 3)**

### **Straßenausbaubeiträge:**

- Jürgen Sanders erläutert kurz die Berechnung der Strassenausbaubeiträge an einem Beispiel, wo für ein doppelgeschossiges Einfamilienhaus auf einem Grundstück von 1000 qm bis zu 30.000 € Strassenausbaubeiträge entstehen können.
- Herr Prange erläutert auf Anfrage, warum die Kommunalpolitik ebenfalls einen Stopp des Ausbaus in der Verwaltung fordert.

Aktuell ist der Ausbau noch im Haushaltsplan für 2016. Die SPD fordert die Prüfung der Größe des Ausbaus und eine einstweilige Streichung aus dem Haushaltsplan. Der Meinung ist auch die CDU.

Weiter erläutert Herr Prange drei mögliche Modelle zur Straßenausbaufinanzierung.

- 1. Aktuell in Oldenburg, Finanzierung durch öffentliche Gelder und anteilige Zahlungen der direkten Anwohner.
- 2. Eine Finanzierung durch eine Steuer, was aber durch Schwankungen bei anderen erheblichen Investitionen in Bereichen wie Schulen, Krippen etc., schwierig sein könnte.
- 3. Verteilung der Kosten auf alle Grundbesitzer der Stadt umgelegt (z.B. durch erhöhte Grundsteuerzahlungen).

- Herr Lampel von der FDP erklärt die Finanzierungsmöglichkeit (ähnlich Punkt 3,SPD), als Abrechnungseinheit im wieder kehrenden Verfahren für Gebietsnutzer. In unserem Fall wären das alle Osternburger, wobei dann ca.60-300 € für alle Anwohner jährlich anfallen würden. Diese Variante wird aktuell in der FDP favorisiert und mit verschiedenen Verbänden diskutiert.

Herr Lampel als Person stellt sich voll hinter die Belange der Sandweg-Anwohner, weil dort in den Durchgangs- und Erschließungsstraßen mehr Rentner wohnen, als in den Neubaugebieten. Somit gibt es keine gerechte Kostenverteilung für die Bevölkerung. Er hält das herkömmliche Abgabengesetz für nicht mehr zeitgemäß. Außerdem fordert er eine Übergangsregelung für Bürger, die gerade kürzlich gezahlt haben.

- Herr Baak, CDU, erläutert einen Steuereinnahmenüberschuss in Oldenburg, wodurch die Straßenausbaubeiträge komplett über Steuereinnahmen finanzierbar wären.

Er belegt dies mit Zahlen und Fakten und stellt die neuste Pressemitteilung der CDU zu diesem Thema vor.

(siehe Pressemeldungen auf der Homepage)

Allein für die Berechnung der Beiträge sind in der Oldenburger Verwaltung fünf Mitarbeiter tätig, die somit eingespart werden könnten.

Frau Maike Würdemann, Ratsfrau der CDU, will in der nächsten Ausschusssitzung der Verwaltung vorschlagen, den Ausbau des Sandwegs aus dem Haushaltsplan zu nehmen

Wichtig wäre es, erst die Bremer Heerstraße auszubauen und danach den Sandweg.

Herr Lauterbach (BV) erklärt, dass die Vorplanungen des Stadtplanungsamtes demnächst den Bürgervereinen vorgestellt werden sollen. Er wird darüber in Zukunft berichten. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, das gesamte Quartier bei der weiteren Planung zu betrachten.

#### **Zu Top 4)**

##### **Baumschutzinfo:**

- Jürgen Sanders berichtet von seinen Erfahrungen und der verwirrenden Antwort, die er von der Stadt auf seinen Brief mit der Bitte um Baumschutz erhalten hat, worin u.a. nur 17 schützenswerte Bäume am Sandweg stehen. 11 Bäume im Umfeld des Sandwegs sind noch in Prüfung, wobei keine Auskunft gegeben wurde, wo diese Bäume in Drielake stehen.

Nach eigener Zählung befinden sich allerdings aktuell 72 Bäume am Sandweg (55 Eichen, 17 andere), die unter Baumschutz fallen würden, wenn Oldenburg eine denn eine solche Satzung hätte.

- Das landschaftsprägende Bild des Sandwegs mit seinen Bäumen wird betont.
- Die Anwesenden werden gebeten ebenfalls an die Stadt zu schreiben, um die Bäume zu schützen. (Eine Vorlage für einen solchen Brief befindet sich auf der Homepage: Sandweg-sanierung.de )
- Herr Lampel (FDP) erläutert, wie sehr die Bäume unter einem Ausbau leiden und geschwächt werden. Er erklärt aber auch, dass viele Oldenburger leider gar keine Baumschutzsatzung wünschen.

Ob der Sandweg ein geschützter Landschaftsbestandteil ist, sollte man nochmal prüfen lassen.

- Herr Lauterbach verweist auf den Fachdienst für Umweltschutz, den man einschalten soll.  
Gaby Schneider schlägt vor, dass der Fachdienst für Umwelt-und Naturschutz von der BI zu einem nächsten Treffen eingeladen werde sollte.

- Herr Prange mahnt nochmal die Möglichkeit zum Dialog an.  
Die Bürger sollen die Verwaltung bitten, bei der Straßenplanung beteiligt zu werden

Ideen zur Gestaltung des Sandwegs wünscht sich die Bürgerinitiative deshalb per Email oder in ihren Briefkasten im Sandweg 196, bei Familie Grabo .

## **Zu Top 5)**

### **Neues zum Positionspapier der BI/ des BV**

- Herr Lauterbach stellt das mit der Bürgerinitiative gemeinsam überarbeitete Positionspapier zum Sandwegausbau vor. Im Bürgerverein muss es allerdings noch von den zuständigen Gremien geprüft werden.

Nach einer längeren Annäherungsphase von Bürgerinitiative und Bürgerverein können jetzt durch diesen Schulterschluss, alle gemeinsam für einen gemäßigten Ausbau plädieren.

## **Zu Top 6)**

### **Verschiedenes**

#### **-Busverkehr**

- Herr Azler, Betriebsleiter bei der VWG erläutert am Beispiel der Linie 307 den Strategieplan „Mobilität und Verkehr“ in Oldenburg, um die Strecke für den öffentlichen Nahverkehr attraktiv zu machen.

-Demnach wäre ein breiter Ausbau sinnvoll, wegen möglichem Begegnungsverkehr.

- Keine rechts vor links Regelung, da die Busse durch die Vorfahrtsregelung Zeit verlieren

- Kleinbusse sind nicht sinnvoll, da zu teuer.

Jürgen Sanders verweist auf die Straßenverkehrsordnung § 45, wo in 30er- Zonen nicht mehr als 5 Vorfahrtsschilder auf einer Straße stehen dürfen. Der Strategieplan würde somit die Straßenverkehrsordnung aushebeln.

- Ein Modellprojekt, aus anderen Städten bekannt, wird zur Prüfung vorgeschlagen, wo durch Signalanlagen der Busverkehr zügiger als der Personenverkehr gesteuert wird.
- Auf die Frage an Herrn Atzler, ob die VWG die Forderung nach 40t gestellt hat, antwortet Herr Atzler entschieden mit Nein. Das Nahverkehrssystem soll aber weiter ausgebaut werden.

Problem: Durch einen guten Straßenausbau für Busse steigt auch das gesamte Verkehrsaufkommen.

Um das Verkehrsaufkommen der PKW nicht zu erhöhen, schlägt Herr Atzler z.B. eine „Busschleuse“ ähnlich wie in Wechloy vor.

Auf die Nachfrage von Gaby Schneider, ob die VWG bei einer weiteren Planungsphase zum Sandwegausbau, an einer Zusammenarbeit mit der BI interessiert ist, antwortet Herr Atzler mit ja. Er hinterlässt für Fragen seine Visitenkarte.

Aus dem Publikum werden Busbuchten für den Begegnungsverkehr bei schmalen Straßenausbau vorgeschlagen.

Grundsätzlich wird eine Linienverlängerung bis zum Müllers Weg von vielen, aber nicht von allen Anwesenden gewünscht. Der wirkliche Busbedarf sollte abgefragt werden.

- Auch die Ringlösung wird erneut vorgeschlagen.
- Eine 5t Tonnagebegrenzung soll unbedingt erhalten bleiben.

Sondergenehmigungen für Anlieferverkehr, Mülltransporter oder Busse (ca. 12t) sind dabei immer möglich.

Aber durch die Gewichtsbeschränkung wird der Ausbau günstiger, da nicht so viel Untergrundbearbeitung notwendig wird.

### **Abschließend:**

- Das entwickelte Positionspapier wird an den Verkehrsausschuss und an alle Parteien weitergeleitet.
- Für die weitere Planung des Quartiers wird die nochmalige Bitte an alle Anwohner ausgesprochen, sich aktiv zu beteiligen.
- Das nächste Treffen der Bürgerinitiative findet am 03.03.2016 statt.
- Herr Beckmann vom Verein für gerechte Kommunalabgaben hat sein Kommen zugesagt. Er wird einen Vortrag halten.

Patricia u. Gaby